Allianz für
Aus- und Weiterbildung

Allianz für Aus- und Weiterbildung 2019 – 2021

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

DGB

DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag

BDA DIE ARBEITGEBER

BDI Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

ZDH ZENTRALVERBAND DES DEUTSCHEN HANDWERKS

BFB Bundesverband der Freien Berufe

Bundesagentur für Arbeit

KMK KULTUSMINISTER KONFERENZ

WMK 2019/20 Wirtschaftsministerkonferenz | Bremen

ASMK Mecklenburg-Vorpommern 2019

ver.di

IG

BCE

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Erfolgsmodell duale Ausbildung

Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, denn sie bietet eine praxisnahe und hochwertige berufliche Qualifikation für junge Menschen. Zudem trägt sie zu einer auch im internationalen Vergleich geringen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland bei. Der Erwerb einer Berufsausbildung verbessert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig und ist damit ein Schlüssel für Existenz- und Alterssicherung sowie für gesellschaftliche Teilhabe. Den Beschäftigten bietet sie vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten und persönliche Karrierechancen bis hin zur Selbständigkeit. Den Betrieben sichert die duale Aus- und berufliche Weiterbildung die Fachkräftebasis von morgen.

Aktuelle Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt

Den Betrieben fällt es in mehreren Branchen und Regionen zunehmend schwer, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Gleichzeitig gelingt einem Teil der Jugendlichen der Übergang von der Schule in die Ausbildung nicht unmittelbar bzw. werden Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst. Dieses Spannungsverhältnis will die Allianz für Aus- und Weiterbildung weiter angehen. Zudem wird die Zielgruppe der dualen Ausbildung – von Jugendlichen mit Abitur bis hin zu Personen ohne Schulabschluss – zunehmend heterogener. Auch steht zu befürchten, dass die Zahl der Ungelernten ansteigt. Neben diesen Herausforderungen stellt die sich verändernde Arbeitswelt – insbesondere durch die digitale Transformation – neue Anforderungen an die duale Ausbildung, zum Beispiel an deren Inhalte, die Qualifizierung des Lehr- und Ausbildungspersonals sowie an die Ausstattung und Kooperation von Berufsschulen, Betrieben und überbetrieblichen Bildungseinrichtungen.

Selbstverständnis der Allianz für Aus- und Weiterbildung

Die Allianz für Aus- und Weiterbildung will als zentrale politische Plattform die Attraktivität, Qualität, Leistungsfähigkeit und Integrationskraft der dualen Ausbildung stärken. Sie trägt mit ihren Empfehlungen und Maßnahmen sowohl zur Fachkräftesicherung für den Wirtschaftsstandort Deutschland als auch zur erfolgreichen Teilhabe von jungen Menschen am Arbeitsleben bei. Die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung handeln gemeinschaftlich sowie durch eigene Beiträge. Ihre bisher vereinbarten Ziele und in den letzten Jahren angestoßenen Maßnahmen werden die Partner ergänzend zu dieser Vereinbarung weiter verfolgen.

Übergeordnete Ziele der neu ausgerichteten Allianz für Aus- und Weiterbildung

Die Allianz für Aus- und Weiterbildung verfolgt das Ziel, möglichst alle Menschen zu einem qualifizierten Berufsabschluss zu bringen. Betriebliche Ausbildung hat dabei klaren Vorrang. Die Allianz für Aus- und Weiterbildung macht es sich zudem zur Aufgabe, die berufliche Bildung als Rückgrat der Fachkräftesicherung und gleichwertige Alternative zur akademischen Bildung zu stärken. Ihre Partner wollen gemeinsam für die duale Ausbildung werben, deren vielfältige Entwicklungs- und Karrieremöglichkeiten aufzeigen sowie die Möglichkeiten der Unterstützung stärker publik machen.

Die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung haben sich auf folgende zentrale Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen verständigt:

1. Mehr Betriebe und Jugendliche zusammenbringen und in der Ausbildung halten

Unser Ziel ist es, dass mehr Jugendliche einen betrieblichen Ausbildungsplatz finden und mehr Betriebe ihre Ausbildungsstellen besetzen können. Wir wollen angesichts der demographischen Entwicklung alles tun, um die Gesamtzahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsstellen zu stabilisieren. Zudem machen wir uns gemeinsam dafür stark, dass – wo immer möglich – deutlich mehr betriebliche Ausbildungsplätze offen für alle Schulabschlüsse angeboten werden.

Wir setzen uns für die (Wieder-)Gewinnung und Unterstützung von Ausbildungsbetrieben ein. Dabei nehmen die „Allianz"-Partner alle Unternehmensgrößen in den Blick. Auch Klein- und Kleinstbetriebe, Gründer/-innen nach erfolgreicher Startphase sowie Unternehmer/-innen mit Migrationshintergrund sollen verstärkt für die duale Ausbildung gewonnen werden. Zudem werden die „Allianz"-Partner gemeinsam prüfen, ob bei Betriebsübergängen und Niederlassungen ausländischer Unternehmen Potenziale für Ausbildung zu heben sind.

Die Wirtschaft wird die Ausbildungsberatung der Kammern zusammen mit den ehrenamtlichen Beratungsangeboten der Innungen intensivieren. Sie wird die Ausbildungsberater/-innen für die Beratung von Betrieben auch mit Blick auf eine frühzeitige, zielgruppengerechte Ansprache der jungen Menschen durch die Ausbildungsbetriebe schulen. Dabei werden neue digitale Formate erprobt. Die Gewerkschaften wollen ihren Beitrag leisten, indem sie über Betriebs- und Personalräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen für den Erhalt bzw. den Ausbau von Ausbildungskapazitäten werben. Die Bundesagentur für Arbeit wird neben der Ausbildungsstellenakquise verstärkt in die Beratung von Arbeitgebern investieren, damit diese noch intensiver auf Ausbildung als einen zentralen Baustein zur Sicherung der Fachkräftebasis setzen. Der Bund wird Betriebe mit dem Förderprogramm *„Passgenaue Besetzung"* sowie durch das *Jobstarter-Plus-Programm* weiterhin unterstützen. Dabei werden Akteure auf Landes- und regionaler Ebene eingebunden.

Die Kammern, Verbände und die Bundesagentur für Arbeit werden gezielt Betriebe ansprechen, die ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen können, und sie dafür sensibilisieren, Bewerber/-innen mit schwierigen Startchancen und jungen Menschen mit Behinderung eine Ausbildungschance zu geben. Dabei sollen verstärkt auch Betriebe in den Blick genommen werden, die sich unter anderem mangels Bewerbern aus der Ausbildung zurückgezogen haben.

Gerade mit Blick auf Klein- und Kleinstbetriebe im Handwerk und bei den freien Berufen wollen die „Allianz"-Partner innovative Kooperations- und Unterstützungsangebote bei der Ausbildung stärken. Sie werden gemeinsam solche Angebote aufbauend auf bestehenden Strukturen der Wirtschaft und praktischen Erfahrungen pilothaft erproben.

Die „Allianz"-Partner haben sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der ausbildungsberechtigten Personen insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben zu stabilisieren. Sie werden mögliche Ansätze beratend begleiten.

Die „Allianz"-Partner setzen sich für eine fundierte Vorbereitung junger Menschen auf die Ausbildung und Arbeitswelt ein. Mittels präventiver und systematisch aufeinander abgestimmter Unterstützungsangebote wirken die „Allianz"-Partner auf eine fundierte, von Klischees freie Berufsorientierung und -entscheidung hin. Dazu sollen die bestehenden Angebote gestärkt und untereinander stärker verzahnt werden. Bund, Länder und die Bundesagentur für Arbeit planen, die Initiative *„Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss"* weiterzuführen und -zuentwickeln. Sie werden die Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen weiter ausbauen, inklusive einer Stärkung bereits erfolgreicher Ansätze in der gymnasialen Oberstufe. Zudem wird die Bundesagentur für Arbeit ihre Angebote und ihre Präsenz an den Schulen nicht nur auf weitere Schulformen ausweiten, sondern auch deutlich früher beginnen. Die Bundesagentur für Arbeit und die Länder werden ihre Angebote noch enger verknüpfen.

Die „Allianz"-Partner begrüßen und unterstützen den in der „Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Beruflichen Orientierung an Schulen" angelegten Prozess und das Engagement der Länder, die Berufsorientierung als Thema in die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Lehrkräfte einzubinden.

Die „Allianz"-Partner wirken gemeinsam darauf hin, dass künftig alle Schülerinnen und Schüler frühzeitig fundierte Einblicke in die betriebliche Praxis erhalten, um eine reflektierte und realistische Berufswahlentscheidung treffen zu können. Die Wirtschaft wird dafür ein bedarfsdeckendes Angebot an Praktikumsplätzen sicherstellen und insbesondere auch für Jugendliche mit schwierigen Startchancen weiterhin Praxisphasen und Langzeitpraktika ermöglichen. Die Kammern und Verbände werden die Betriebe dafür sensibilisieren und dabei unterstützen, Schülerinnen und Schüler perspektivisch für eine betriebliche Ausbildung zu gewinnen. Die Gewerkschaften werden über die Jugend- und Auszubildendenvertretung die Jugendlichen begleiten und beraten. Die Länder sorgen mit einer curricularen Anbindung der Vorbereitungs-, Durchführungs- und Reflexionsphasen für eine Verzahnung des Betriebspraktikums mit den schulischen Inhalten.

Die „Allianz“-Partner werden die Mobilität von Jugendlichen durch ein an die individuellen und regionalen Bedürfnisse angepasstes „Mobilitätspaket“ mit verschiedenen Bausteinen unterstützen:

- Die Bundesagentur für Arbeit, Verbände und Kammern werden die Zusammenarbeit bei der Vermittlung von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und Betrieben über die Regionen hinaus stärken und weiter ausbauen.

- Die „Allianz“-Partner unterstützen das Ankommen und Einleben von Auszubildenden in einer neuen Region entsprechend den Gegebenheiten vor Ort. Ziel ist ein möglichst reibungsloser Einstieg in den Ausbildungsalltag. Die „Allianz“-Partner werden gemeinsam dafür gute Praxisbeispiele identifizieren, bekannter machen und zur Nachahmung empfehlen.

- Die „Allianz“-Partner befürworten nachdrücklich die Ansätze in den Ländern, die Mobilität der Jugendlichen in Ausbildung durch kostenlose bzw. günstige, Regionen übergreifende ÖPNV-Tickets verstärkt in den Blick zu nehmen.

- Die Länder überprüfen die Regelungen zur Bezuschussung der Kosten für eine auswärtige Unterbringung, wenn diese aufgrund des Besuchs einer überregionalen Fachklasse der Berufsschule notwendig ist.

- Die „Allianz“-Partner werden eine größere Transparenz über die Angebote des Jugendwohnens und der finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten herstellen. Mit Blick auf Wohnmöglichkeiten für Auszubildende hat die Bundesagentur für Arbeit die Zuschussförderung für Bauinvestitionen in Jugendwohnheimen bei einem Sanierungsstau nochmals bis Ende 2021 verlängert.

- Der Bund verbessert und vereinfacht die Leistungen der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgeldes. Bedarfssätze und Freibeträge der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgeldes werden erhöht. Dabei werden Bedarfssätze für Wohnkosten überproportional angehoben.

Die „Allianz“-Partner wollen, dass möglichst alle jungen Menschen einen qualifizierten Berufsabschluss erlangen. Dabei haben sie deren unterschiedliche Bildungsbiographie, Herkunft und persönliche Lebenssituation im Blick. Der von der Allianz für Aus- und Weiterbildung entwickelte Ausbildungspfad trägt diesen individuellen Voraussetzungen der Auszubildenden Rechnung. Gemeinsam wollen die „Allianz“-Partner den Pfad und seine Instrumente ausbauen und stärken:

Das Instrument der Assistierten Ausbildung hat sich bewährt, um Jugendlichen mit schlechteren Startchancen den Weg zu einem qualifizierten Berufsabschluss zu ebnen. Zugleich unterstützt die Assistierte Ausbildung vor allem kleine und mittlere Betriebe bei der Ausbildung dieser jungen Menschen. Der Bund wird die Assistierte Ausbildung zu einem dauerhaften Instrument weiterentwickeln, ausbauen und flexibler gestalten. Dabei wird er die Zielgruppe der Assistierten Ausbildung öffnen. Ziel ist auch künftig ein flexibles Förderangebot mit der Möglichkeit einer durchgängigen Unterstützung beim selben Träger von der Ausbildungsvorbereitung bis in die Ausbildung. Das Angebot der Assistierten Ausbildung besteht bundesweit entsprechend den jeweiligen Bedarfen vor Ort.

Die „Allianz“-Partner befürworten einen weiteren Aufwuchs der Mittel für das Instrument der Assistierten Ausbildung im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2020 bis 2022 als Signal an die Geschäftsführungen und Verwaltungsausschüsse der Agenturen für Arbeit vor Ort, Assistierte Ausbildung bedarfsorientiert, pragmatisch und kontinuierlich überall einzusetzen, wo Auszubildende und Ausbildungsbetriebe davon zur Sicherung des Ausbildungserfolges profitieren können.

Trotz der Ausschöpfung aller bisherigen Möglichkeiten und auch vielfältiger Maßnahmen der „Allianz“-Partner wird es in Regionen mit problematischem Ausbildungsmarkt Jugendliche geben, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden. Damit jeder Bewerber und jede Bewerberin die Chance auf einen Berufsabschluss hat, setzen sich die „Allianz“-Partner dafür ein, dass insbesondere in Regionen, in denen auf 100 Bewerber/-innen weniger als 90 Ausbildungsplatzangebote kommen, der Bund mit den Sozialpartnern und regionalen Akteuren bewährte und neue Vorhaben zur Stärkung der betrieblichen Ausbildung durchführt. Zudem streben die „Allianz“-Partner an, auch in Regionen im Strukturwandel z. B. durch Verbundausbildung und durch außerbetriebliche Ausbildungsplätze in kooperativer Form ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot bereitzustellen.

Die „Allianz“-Partner machen es sich zur Aufgabe, Unterstützungsangebote wie Assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen, Einstiegsqualifizierung und die Initiative *„Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen“* (VerA) noch mehr publik zu machen und in die Fläche zu bringen. Ausbildungsbetriebe sollen künftig noch stärker auch für Bewerberinnen und Bewerber mit schwierigen Startchancen aufgeschlossen werden.

Die „Allianz“-Partner setzen sich dafür ein, je nach regionalen Gegebenheiten Jugendberufsagenturen oder vergleichbare Kooperationsformen qualitativ und quantitativ auszubauen und mehr Transparenz über die bestehenden Förderangebote zu schaffen. Die Bundesagentur für Arbeit wird eine technische Plattform zur Verfügung stellen, um den Austausch zwischen den Sozialleistungsträgern zu erleichtern.

Das *„Konzept der vier Wellen“* zur (Nach-)Vermittlung von jungen Menschen in betriebliche Ausbildung mit gemeinsamen Aktionen über den Verlauf des Berufsberatungsjahres hat sich bewährt. Die Wirtschaft und die Bundesagentur für Arbeit werden ihr Engagement bei der Vermittlung junger Menschen in eine betriebliche Ausbildung weiter etablieren.

Die duale Ausbildung bietet vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten und persönliche Karrierechancen bis hin zur Selbständigkeit und Unternehmensnachfolge. Die „Allianz“-Partner wollen deshalb auch Leistungsstarke von den Vorzügen der dualen Aus- und Fortbildung überzeugen und hierfür gewinnen. Das gilt auch für Studienaussteigerinnen und Studienaussteiger. Deshalb werden Wirtschaft, Kammern, Bundesagentur für Arbeit und Länder die Zusammenarbeit mit Hochschulen bereits in der Berufsorientierung intensivieren und Beratungsangebote für Studienaussteiger an (Fach-)Hochschulen und Kammern ausbauen. Der Bund unterstützt Beratungsangebote für Studienzweifler im Rahmen der Initiative „Bildungsketten“. Die Bundesagentur für Arbeit wird ihr Angebot insbesondere mit dem Ziel ausbauen, Studierenden mit Studienzweifeln mit der dualen Ausbildung eine Alternative aufzuzeigen.

Die „Allianz“-Partner werden die Möglichkeiten der Teilzeitberufsausbildung bei Betrieben und jungen Menschen bekannter machen, damit u. a. junge Menschen mit Familienpflichten eine betriebliche Ausbildung abschließen können. Die „Allianz“-Partner begrüßen die Vorschläge des Bundes, die Teilzeitausbildung zu flexibilisieren und ihren Adressatenkreis zu öffnen.

Die „Allianz“-Partner sehen in der praxisnahen, dualen Ausbildung ein großes Integrationspotenzial für Geflüchtete. Sie setzen sich daher weiterhin für eine bundesweit einheitliche, integrationsfreundliche Anwendung der 3+2-Regelung ein, die Rechtssicherheit für Betriebe und deren Auszubildende mit Fluchthintergrund schafft. Arbeitsmarktpolitisch sinnvoll ist zudem die Öffnung der Ausbildungsförderung für all diejenigen Geflüchteten, die eine Ausbildung absolvieren und dabei der Unterstützung bedürfen. Insbesondere mit Blick auf diese Zielgruppe appellieren die „Allianz“-Partner an den Bund, seine weiter geöffneten Sprachförderangebote zu nutzen. Die Länder werden ihre gezielte Sprachförderung weiter ausbauen. Unsere bisherigen Erfahrungen bei der Ausbildung Geflüchteter werden wir bündeln, um deren Ausbildungsbeteiligung von der Vorbereitung bis zum qualifizierten Abschluss nachhaltig zu verbessern. Der Bund unterstützt die Vermittlung in Ausbildung u. a. durch das Programm *„Willkommenslotsen“*.

2. Attraktivität und Qualität der dualen Ausbildung weiter steigern; gemeinsam für berufliche Bildung werben

Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule steht für Qualität und hohe Zufriedenheit der jungen Menschen mit ihrer Ausbildung. Damit künftig noch mehr Jugendliche diesen Einstieg in die Arbeitswelt als positiv empfinden und diesen Berufsweg einschlagen, wollen die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung die Qualität und Attraktivität der dualen Ausbildung weiter steigern.

Die „Allianz“-Partner werden weiterhin Betriebe darin unterstützen, eine hochwertige Ausbildung anbieten zu können. Dazu gehört auch die Ausweitung des Sonderprogramms zur Förderung von Digitalisierung in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren. Wir wollen gemeinsam neue Ansätze für die Sicherung der Qualität der betrieblichen Ausbildung entwickeln, z. B. durch bedarfsgerechte Weiterbildung des Ausbildungspersonals mit Blick auf die individuelle Förderung der Auszubildenden. Hierzu gehören auch gemeinsame Formate der Qualifizierung des Ausbildungspersonals und der Berufsschullehrer/-innen (z. B. Hospitationstage und -wochen). Zudem wird

der Bund prüfen, ob bei der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) Anpassungen notwendig sind. Der Bund wird das Ausbildungspersonal bei der mit der Digitalisierung einhergehenden Veränderung mit einer Qualifizierungsinitiative Digitaler Wandel „Q 4.0“ unterstützen. Dabei werden Angebote erprobt, mit denen die Medien- und IT-Kompetenz des Ausbildungspersonals gefördert und der Erwerb einer Zusatzqualifikation ermöglicht werden sollen.

Ehrenamtliche Prüfer/-innen leisten einen entscheidenden Beitrag zur dualen Ausbildung und beruflichen Fortbildung. Die „Allianz-Partner“ setzen sich dafür ein, dass Prüfer/-innen angemessen wertgeschätzt werden.

Das gemeinsam von Wirtschaft und Gewerkschaften entwickelte niedrigschwellige Beschwerdemanagement wollen die Partner in Pilotregionen weiterentwickeln und bedarfsgerecht ausbauen. Gemeinsam wollen sie Maßnahmen zur Qualitätssicherung entwickeln, die darauf abzielen, die Ausbildungsberater und -beraterinnen der zuständigen Stellen in ihrer Funktion zu unterstützen und zu stärken (z. B. durch Leitfäden, Checklisten, Handlungsempfehlungen). Kammern, Gewerkschaften und Verbände treiben die Entwicklung von Online-Tools zur Führung des Ausbildungsnachweises voran, schaffen damit mehr Transparenz und Austauschmöglichkeiten zwischen Auszubildenden, Ausbildern und Ausbilderinnen sowie Ausbildungsberatern und -beraterinnen und stärken damit zugleich auch den Austausch in den Berufsbildungsausschüssen. Wirtschaft und Gewerkschaften werden die erfolgreich erprobten Instrumente den Kammern und Berufsschulen zur Verfügung stellen und gemeinsam mit den Ländern für einen Transfer der Best Practice in die Fläche sorgen.

Die „Allianz“-Partner setzen sich gemeinsam für eine attraktive und zukunftsgerichtete duale Ausbildung ein. Dafür werden sie unter anderem den Erwerb von Zusatzqualifikationen und kombinierte Aus- und Weiterbildungsangebote auch mit Blick auf die Herausforderungen der Digitalisierung, die Notwendigkeit zu nachhaltigem Wirtschaften und einer immer stärkeren Vernetzung befördern und neue, bedarfs- und zielgruppenorientierte Angebote entwickeln. Auslandsaufenthalte machen die betriebliche Ausbildung internationaler und attraktiver. Wirtschaft und Gewerkschaften werden bei Betrieben, Ausbildern und Auszubildenden, die Länder bei den Berufsschulen für die Vorzüge von Auslandsaufenthalten werben und junge Menschen bei deren Durchführung unterstützen. Der Bund wird die grenzüberschreitende Mobilität von Auszubildenden und jungen Fachkräften durch *ERASMUS+*, dessen Nachfolgeprogramm und *„Ausbildung Weltweit“* sowie zusammen mit der Wirtschaft durch *„Berufsbildung ohne Grenzen“* befördern. Er trägt darüber hinaus mit der Berufsausbildungsbeihilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts auch bei einem Auslandsaufenthalt bei. Die Länder werden die Rahmenbedingungen schaffen, um auch länger andauernde Auslandsaufenthalte durch die Freistellung vom Besuch des Berufsschulunterrichts realisieren zu können.

Die „Allianz“-Partner machen sich gemeinsam stark für die duale Ausbildung und ihre vielfältigen Karrierechancen. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten für und mit Jugendlichen und deren Eltern werden sie zu einer positiven Sichtbarkeit der dualen Ausbildung und der Gleichwertigkeit der Bildungswege beitragen. Ihr Engagement bei der bundesweiten *„Woche der Ausbildung“* werden die „Allianz“-Partner verstetigen.

Eine attraktive Ausbildung braucht eine moderne Bildungsinfrastruktur sowie gut qualifiziertes Lehr- und Ausbildungspersonal. Das gilt umso mehr in Zeiten des digitalen Wandels. Deshalb werden Bund und Länder in der *„Qualitätsoffensive Lehrerbildung“* ein zusätzliches Gewicht auf die Schwerpunkte Digitalisierung in der Lehrerbildung und Lehramt für berufliche Schulen legen.
Der Bund wird im Rahmen des *DigitalPaktes Schule* in den kommenden fünf Jahren fünf Milliarden Euro in die digitale Ausstattung von allgemein- und berufsbildenden Schulen investieren. Dabei unterstützt er Länder und Gemeinden bei Investitionen in die digitale kommunale Bildungsinfrastruktur. Im Gegenzug werden die Länder digitale Bildung durch pädagogische Konzepte, Anpassung von Lehrplänen und die Weiterentwicklung der Lehreraus- und -fortbildung umsetzen.
Die „Allianz“-Partner begrüßen die angekündigte Ausstattungsinitiative für berufliche Schulen und setzen sich in diesem Sinne dafür ein, dass die beruflichen Schulen bei der Aufteilung der im Rahmen des *DigitalPaktes Schule* vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel angemessen berücksichtigt werden.
Die „Allianz“-Partner machen es sich zur Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen Betrieb, Berufsschulen und überbetrieblichen Bildungszentren zu stärken. Sozialpartner und Länder werden neue, auch digitale Ansätze zur Förderung der Lernortkooperation sichten und gemeinsam bekannt machen.

Die Verfügbarkeit von Beschulungsangeboten in Fachklassen der Berufsschule ist ein wichtiges Kriterium für die Qualität und die Akzeptanz der dualen Ausbildung. Die „Allianz"-Partner werden einen Dialogprozess anstoßen, wie unter anderem im Zusammenhang mit der Neuordnung und Modernisierung von Ausbildungsberufen auch künftig eine möglichst ortsnahe Beschulung erreicht werden kann.

3. Berufliche Fortbildung stärken und Höherqualifizierende/Höhere Berufsbildung voranbringen

Mit der beruflichen Fortbildung existiert ein wichtiges Instrument, um passgenau und schnell auf den Qualifikationsbedarf der Wirtschaft am Arbeitsmarkt einzugehen und berufliche Entwicklungsperspektiven für den Einzelnen zu ermöglichen.
Die gesetzlich geregelte Fortbildung ist ein zentraler Bestandteil der beruflichen Bildung. Sie ist ein wichtiges Instrument zur Sicherung der Fachkräftebasis und der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Gleichzeitig ermöglicht sie den Beschäftigten, ihre beruflichen Kompetenzen zu vertiefen, und stellt daher auch attraktive Formate der tertiären Bildung dar. Sie baut auf der gesetzlich geregelten Erstausbildung nach Bundes- und Landesrecht auf und ermöglicht Spezialisten-, Führungs- und Unternehmerkarrieren.
Die „Allianz"-Partner wollen die modernen und attraktiven Fortbildungsangebote dieser Berufsbildung als gleichwertige Alternative zur akademischen Bildung wahrnehmbar machen. Gemeinsam werden sie jungen Menschen und ihren Eltern schon vor Beginn einer Ausbildung klar aufzeigen, dass der berufliche Werdegang nach einer Erstausbildung nicht zu Ende sein muss. Mit den Fortbildungsangeboten dieser Berufsbildung stehen vielmehr vielfältige berufliche Karrierewege bis hin zur Selbständigkeit offen.

Die „Allianz"-Partner setzen sich dafür ein, dass die berufliche Fortbildung mittels einer stärkeren Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung weiter vorangebracht werden kann. Gemeinsame Ziele sind ein leichterer Zugang von Studienabbrechern und -absolventen zur Aufstiegsfortbildung sowie bessere Brücken aus der Aufstiegsfortbildung in die Hochschulen. Die „Allianz"-Partner erklären sich bereit, doppeltqualifizierende und weitere hybride Bildungsformate weiterzuentwickeln und zu erproben.

Der Bund wird mit einem Innovationswettbewerb *„Zukunft gestalten – Innovationen für eine exzellente berufliche Bildung"* (InnoVET) Maßnahmen unterstützen, in denen regionale bzw. branchenspezifische Akteure attraktive und bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildungsangebote gemeinsam entwickeln und erproben.

Zudem plant der Bund eine deutliche Stärkung des Aufstiegs-BAföG. Dies umfasst Verbesserungen beim Unterhaltszuschuss, Erfolgsbonus, Maßnahmenzuschuss und der Familienfreundlichkeit und damit den Abbau finanzieller Hürden. Das Förderangebot soll auf alle drei beruflichen Fortbildungsstufen bis zur höchsten erweitert werden und einen Aufstieg Schritt für Schritt ermöglichen.

Im Rahmen des Bund-Länder-Wettbewerbs *„Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen"* werden auch Weiterbildungsangebote an Hochschulen für beruflich qualifizierte Erwerbstätige entwickelt.
Die „Allianz"-Partner werden die Beratung für weiterführende berufliche Qualifizierung besser vernetzen und verstärken. Insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen können mit der Qualifizierungsberatung betriebliche Weiterbildungsaktivitäten angeregt werden.

Berlin, 26. August 2019

Peter Altmaier
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Hubertus Heil
Bundesminister für Arbeit und Soziales

Anja Karliczek
Bundesministerin für Bildung und Forschung

Annette Widmann-Mauz
Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Reiner Hoffmann
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Dr. Eric Schweitzer
Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages

Ingo Kramer
Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zugleich im Namen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Hans Peter Wollseifer
Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Prof. Dr. Wolfgang Ewer
Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe

Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Kristina Vogt
Vorsitzende der Wirtschaftsministerkonferenz

Stefanie Drese
Vorsitzende der Arbeits- und Sozialministerkonferenz

Detlef Scheele
Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit